Brücken in die Welt: der Podcast zur österreichischen Entwicklungspolitik
S1E7: Zur Zukunft der österreichischen Entwicklungspolitik
Mit Martina Neuwirth & Lukas Schlögl
Transkript

Michael Obrovsky
Herzlich willkommen zur Folge oder zu Brücken in die Welt, dem Podcast über die Geschichte und auch diesmal die Zukunft der österreichischen Entwicklungspolitik. Bis jetzt haben wir in verschiedenen Folgen dieser Staffel mit Zeitzeug*innen zu bestimmten Epochen, zu bestimmten Abschnitten gesprochen. In der heutigen Folge besprechen wir, schauen wir uns ein bisschen an, wie sieht denn die gegenwärtige Situation aus und können wir auch aus der Vergangenheit für die Zukunft schon bestimmte Annahmen machen. Derzeit wissen wir alle, spätestens seit letztem Jahr mit dem Antritt von Präsident Trump hat sich einiges geändert. Die gesamte multilaterale Politik wird in Frage gestellt. USAID wurde eingestellt, wurde großteils eingestellt. Das heiß die Zeichen für eine globale Politik schauen derzeit nicht besonders gut aus. Wir haben heute zwei Gäste, die sich konkret schon seit langem auch mit Entwicklungspolitik international, mit Entwicklungsfinanzierung beschäftigen. Ich begrüße Martina Neuwirth vom VIDC und Lukas Schlögl von der ÖFSE. Zu Beginn würde ich euch bitten, euch ein bisschen vorzustellen, ein paar Worte zu verlieren darüber, wie seid ihr zur Entwicklungspolitik, zur Entwicklungszusammenarbeit gekommen, damit wir ungefähr einordnen können eure Expertise. Martina darf ich mit dir beginnen? Wir sind auch diesmal per Du aufgrund des Umstandes, dass wir auch in der Vergangenheit schon lange zusammengearbeitet haben. Martina darf ich dich bitten, dich ein bisschen vorzustellen und uns zu erzählen, wie kommst du zur Entwicklungspolitik?

Martina Neuwirth
Durch reinen Zufall. Also habe mir nicht nach dem Studium oder schon nach der Matura gedacht, ich will im Entwicklungsbereich arbeiten. Ich habe Afrikanistik studiert, habe das auch fertig gemacht, habe dann in einer kleinen Organisation zum Kulturaustausch mit ugandischen Theaterschaffenden gearbeitet und bin dann durch reinen Zufall gefragt worden, ob ich mich nicht bewerben will für einen Job bei der KOO, also der Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz, die damals jemanden gesucht haben, der eine Kampagne leitet zu Entschuldung von Ländern des Globalen Südens. Damals hat es noch geheißen von Entwicklungsländern. Es war damals eine österreichweite Kampagne, hauptsächlich aber nicht ausschließlich von den Kirchen getragen.

Und so bin ich irgendwie wieder in das Wirtschaftsthema hineingerutscht, weil ich habe zwar Wirtschaftsschule gemacht, ich habe die HAK abgeschlossen, aber habe mir nachher gedacht: sicher nie wieder so was Fades wie Wirtschaft. Aber bin dann in einem weiten Bogen dann wieder zurückgekehrt und das war auch gut so. Es ist schon sehr spannend, sehr politisch und habe mich dann sehr lange mit Verschuldungsthemen, Überschuldung beschäftigt, eigentlich bis 2004, weil diese österreichweite Kampagne dann auch übergegangen ist in eine weltweite Kampagne zum Jubiläumsjahr 2000. Und jetzt beschäftige ich mich, jetzt bin ich sozusagen weitergegangen im Finanzierungskreislauf, beschäftige mich nicht mit der Ausgabenseite, sondern mit der Einnahmenseite und zwar schon seit fast 15 Jahren eigentlich mit der Steuerpolitik, also wie Staaten, vor allem Staaten des Globalen Südens ermächtigt werden oder trotz massiver Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, wie man da sich gut aufstellen kann, damit man Steuereinnahmen lukrieren kann.

Michael Obrovsky
Und wenn ich mich richtig erinnere, hast du ja auch politische Erfahrungen. Du warst ja auch bei Ulrike Lunacek bei den Grünen parlamentarischen Mitarbeiterin.

Martina Neuwirth
Genau, also ich war für Entwicklungspolitik, Außenpolitik und Globalisierung zuständig. Und alle haben gesagt: „oh, what a big portfolio“, aber in Österreich ist das niemandem aufgefallen. Also es war schon ein ziemlich großer Bereich, aber dadurch konnte ich den entwicklungspolitischen Bereich natürlich auch sozusagen aus einer anderen Perspektive, aus der parlamentarischen Perspektive kennenlernen. Und das war auch die Zeit, wo wichtige Umbrüche in der österreichischen EZA passiert sind. Also 2002 mit dem EZA Gesetz und mit der Gründung der ADA. Das war eine spannende Zeit.

Michael Obrovsky
Sehr gut, danke sehr. Lukas, wie schaut es bei dir aus?

Lukas Schlögl
Bei mir war es, glaube ich, auch ein bisschen ein Zufall. Ich habe eigentlich begonnen mit Philosophie an der Uni Wien und habe mich eher für sehr abstrakte Themen interessiert, für die analytische Philosophie und Logik und solche Sachen und habe nebenbei auch internationale Entwicklung damals inskribiert, ohne wirklich zu wissen, was das ist. Und habe das eine Zeit lang parallel betrieben. Und dann hat sich eigentlich mein Interessenschwerpunkt

immer mehr in diese Richtung der Sozialwissenschaft entwickelt. Aus zum Teil theoretischen, weiterhin theoretischen Interessen. Wir haben viel über Entwicklungstheorien und auch normative Fragen, Strukturen der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Beziehungen diskutiert und darüber reflektiert. Und das hat mich sozusagen in den Bann gezogen. Ich habe dann auch noch ein bisschen VWL studiert und letztlich eine Abschlussarbeit über das Thema der „Aid Graduation“ habe ich das damals genannt, also das sozusagen hinausgraduieren von Entwicklungsländern aus dem Empfängerländer-Status geschrieben und dann eine Zeit lang für das Sir Peter Ustinov Institut in Wien gearbeitet. Das ist so ein kleiner, Thinktank wäre vielleicht zu viel gesagt, ein kleiner Verein, der sich so mit Menschenrechts und Vorurteilsthemen beschäftigt und hab dann beschlossen, nach England zu gehen und dort einer Dis zu schreiben an einem auch noch relativ jungen Development Department an einer Londoner Uni. Und bin da eigentlich dann vor allem so in entwicklungssoziologische Themen reingeraten sozusagen. Habe mich da viel mit Indonesien beschäftigt und mit den sogenannten neuen Mittelschichten. Das war damals ein großes Thema, die Struktur, gesellschaftliche Strukturveränderung im Globalen Süden und was das auch politisch und aktivistisch und so weiter bedeutet. Und habe dazu meine Dis geschrieben. Dann war ich noch eine Zeit lang in London als Postdoc, bin dann wieder nach Wien zurückgekommen an die Uni und habe fast ein bisschen einen Fächerwechsel sozusagen hingelegt und habe mich vor allem mit Technologie und Digitalisierungsfragen beschäftigt, um dann vor drei Jahren in der ÖFFSE anzukommen. Und da beschäftige ich mich mit Fragen der Entwicklungsfinanzierung und Entwicklungspolitik und dem ganzen Portfolio sozusagen, das auch kein kleines ist und habe da einen gewissen Michael Obrovsky beerbt.

Michael Obrovsky
Gut, danke sehr. Ja, da sind wir gleich Technologie, da sind wir gleich bei Entwicklungsfinanzierung. Martina, du warst heuer, wenn ich richtig informiert bin, auch in Sevilla bei der vierten „Financing for Development“ Konferenz. Das ist ja mehr oder weniger die internationale UN-Konferenz, die sich mit Fragen der Entwicklungsfinanzierung beschäftigt. Da war ja auch, nehme ich an, ein zentrales Thema. Wie wird es weitergehen? Wie schaut derzeit die gesamte Finanzierung vor allem der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit aus, die ja in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Wie war denn da in Sevilla mehr oder weniger die Stimmung?

Martina Neuwirth

Also ich würde sagen, ich würde es mal es gab eine Stimmung vor Sevilla, während das Abschlussdokument verhandelt worden ist. Das war schwierig, weil da waren die USA noch dabei. Die USA ist dann eine Woche bevor Abschlussdokument das sogenannte „Compromiso“, der aber nicht Kompromiss heißt, habe ich gelernt, sondern es heißt Commitment. Also es ist ein stärkeres Wort eigentlich, als man es glauben könnte, wenn man nicht Spanisch kann, so wie ich. Also bevor dieser Compromiso so abgestimmt worden ist, Eine Woche vorher sind die USA ausgetreten und alle haben sichtbar aufgeatmet, weil die Trump Administration einfach alles draußen haben wollte. Sie wollten ein abgeschlanktes Abschlussdokument haben von vielleicht zwei Seiten, also mehr oder weniger eine Willensbekundung. Sie wollten Gender draußen haben, sie wollten die Sustainable Development Goals draußen haben und damit wäre eigentlich nichts übriggeblieben, weil eigentlich das Ziel von Financing for Development für dieses Mal war ja die große Frage: Wie stopfen wir das Finanzloch, um die SDGs doch noch umsetzen zu können? Und das ist ja ein unglaublich großes, nämlich über 4 Billionen US Dollar, kann man sich gar nicht vorstellen. Und wenn man die Sustainable Development Goals rausstreicht, was bleibt dann eigentlich übrig? Auf der Konferenz selber hatte ich das Gefühl, es waren 16.000 Leute, es war ein unglaublicher Auftrieb. Ich war ja von den vier Entwicklungsfinanzierungskonferenzen auf drei, auf der ersten, auf der dritten in Addis (*Addis Abeba, Anm.) und eben dieses Jahr. Und mir ist vorgekommen, noch nie waren so viele Leute da. Und das war eine hektische Betriebsamkeit. Man muss auch sagen, es waren wahnsinnig viele Lobbyisten aus der Privatwirtschaft da. Also das Business Forum durfte ja am Konferenzgelände tagen. Daraus sieht man schon, welchen Stellenwert der Privatsektor auch in dem ganzen Prozess hat und hatte. Es waren über 1000 Leute aus NGOs aus aller Welt da. Da gab es irgendwie ziemlich viel Unzufriedenheit, weil die Tagung war natürlich vorher, es gibt traditionell immer eine Vortagung der NGOs, aber auf der Konferenz war deren, war unsere Sichtbarkeit wesentlich eingeschränkter als bisher. Also das heißt, dieser Raum, dieser politische Raum, den die Zivilgesellschaft hatte und der zunehmend eingeschränkt war, war in Sevilla auch deutlich spürbar. Also das ging bis dorthin, dass man irgendwie keine Sticker auf seinem Laptop haben durfte oder kein Leibchen mit dem Namen seiner Organisation drauf. Keiner hat gewusst, woher das kommt. Jeder hat die Schuld auf den anderen geschoben. Aber das war deutlich sichtbar. Insgesamt habe ich den Eindruck gehabt von den staatlichen Vertreterinnen und Vertretern, dass man das Gefühl gehabt hat, selbst wenn das Abschlussdokument schon abgeschlossen und bestätigt und sozusagen eigentlich nur mehr pro forma abgestimmt wird, auf der Konferenz muss man auftreten. Also es war auch ein Zeichen, dass man immer noch an den

Multilateralismus glaubt, dass man immer noch an Räume glaubt, wo man zusammenkommen und diskutieren kann, wo man sich austauschen kann, auch ein Zeichen für die UNO, wobei man sagen muss, dass die UNO, also natürlich auch durch USAID, durch die Streichungen, aber auch die Streichungen anderer Geber wirklich so im Eck ist, wie noch nie zuvor. Also ich glaube, jeder, der weiß nicht, ob ihr Kontakte habt zu Leuten, die in der UNO arbeiten. Also da ist alles irgendwie am Kopf gestellt derzeit. Niemand weiß, wie es weitergehen wird. Es gibt eine massive Finanzkrise, aber das war in Sevilla nicht spürbar. Also man hatte wirklich das Gefühl, dass die Staaten sehr wohl daran interessiert sind, eine Institution oder eine Konferenz wie diese zu haben, wo man sich nochmal austauschen kann. Das war das positive Moment.

Michael Obrovsky
Also es gab schon noch irgendwo einen Zweckoptimismus, kann man sagen, auch wenn die Vereinigten Staaten eigentlich das Ganze irgendwo sehr relativiert haben, weil letztendlich muss man sagen: Entwicklungspolitik ohne SDGs sehr schwierig zu denken. Die SDGs sind im Jahr 2015 verabschiedet worden, sind sozusagen bis 2030 anberaumt. Jetzt haben wir schon 2025. Jetzt wird es höchste Zeit, dass man also zumindest auch die finanziellen Commitments versucht besser zu erfüllen. Derzeit schaut es nicht so aus. Lukas, wie siehst du das mit den finanziellen Commitments? Martina hat gerade gesagt, da ist einiges sozusagen gestrichen worden. UN Organisationen wissen, wir haben große Probleme. Wie schaut insgesamt die Entwicklungsfinanzierung die Situation der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit aus deiner Perspektive aus?

Lukas Schlögl
Naja, prekär würde ich sagen. Also einerseits glaube ich, wenn man jetzt über die letzten 20 Jahre zurückschaut, kommen wir aus einer Phase raus, wo es doch eigentlich sukzessive Steigerungen im Bereich der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gegeben hat, mit Aufs und Abs. Aber so im großen Aggregat der sogenannten DAC-Geber ist es schon ausgeweitet worden. Da war eine Menge humanitäre Hilfe auch dabei, da waren auch viele Leistungen drinnen, die jetzt nicht sozusagen konventionelle Entwicklungszusammenarbeit sind, sondern die berüchtigten Kosten für die Betreuung Geflüchteter und Studienplatzkosten etc. Aber es war zumindest nicht dieser Rückgang. Jetzt momentan stehen wir an einem Punkt, wo dieser Peak überschritten worden ist und eine Art ODA-Rezession sozusagen eingesetzt hat. Und wenn man den Schätzungen der OECD glauben darf, dann geht das jetzt jedenfalls mal noch im nächsten und übernächsten Jahr so weiter. Und wir stehen vor den historisch

größten ODA-Rückgängen, die überhaupt je verzeichnet worden sind. Das wird ja seit den 60er Jahren sozusagen nach standardisierten Kriterien erhoben und berichtet. Das heißt, es ist schon eine ziemlich präzedenzlose Situation einerseits. Andererseits muss man sagen, das ganze Politikfeld ist immer wieder hinterfragt worden und es ist sozusagen keine glatte Erfolgsstory, wenn man so will. Also ich habe auch in der Vorbereitung für einen Vortrag, den ich vor ein paar Wochen halten durfte, ein bisschen nachrecherchiert, was sozusagen die Chronologie auch der Anfechtungen und der Kritik der Entwicklungszusammenarbeit betrifft und bin da auf ein interessantes Zitat zum Beispiel aus dem „Pearson Report“ gestoßen, das sich so liest, als würde man das heute lesen. Nämlich dass sozusagen die großen Geberländer irgendwie den Glauben daran verloren haben, dass allen Orten gekürzt wird und dass das ganze Paradigma in Frage gestellt ist. Nur der Pearson Report ist aus den 70er Jahren. Insofern, es ist eine Krise, es ist eine veritable Krise. Es ist eine Großwetterlage, die nicht nur die Finanzierung betrifft, sondern auch die Normen und Institutionen umfasst. Aber es ist sicherlich nicht die erste und vor dem historischen Hintergrund muss man das auch bewerten. Also ich glaube nicht, dass wir schon am Ende unbedingt stehen.

Martina Neuwirth
Totgesagte leben immer länger.

Michael Obrovsky
Das trifft sicherlich gerade bei der Entwicklungspolitik zu, weil wie du richtig sagst, ich kann mich erinnern, es sind auch immer wieder sehr viele Publikationen erschienen mit dem Titel „Schafft die Entwicklungszusammenarbeit ab“. Da kamen Forderungen nicht nur von Leuten, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig waren, sondern auch der Globale Süden hat ja immer wieder auch vor allem gegen bestimmte Formen von Entwicklungszusammenarbeit das Wort erhoben. Also es stimmt schon, Entwicklungszusammenarbeit war jetzt nie die Erfolgsstory schlechthin, sondern es gab immer viel Kritik. Aber ich kann mich auch sehr gut erinnern, du hast die erste Monterey Financing for Development Konferenz genannt, 2002. Da war ja auch ein wesentlicher Punkt, wenn ich mich richtig erinnere, so die Bedeutung des Privatsektors. Also man hat jaa, in den letzten Jahrzehnten kann man sagen, schon immer wieder viel mehr Hoffnung auf den Privatsektor gelegt. Das ist ja nichts Neues. Wir hören es zwar immer wieder, aber was sind die Erfahrungen? Wie schaut das aus? Ist der Privatsektor jetzt quasi die Instanz, die anstatt der Staaten Entwicklungsförderung voranbringt?

Martina Neuwirth
Ja, der Privatsektor muss halt immer richten, wenn einem sonst nichts einfällt. Das ist, glaube ich so das gängige Paradigma. Also es stimmt schon, dass das in Monterey schon begonnen hat. Natürlich auch in einem Umfeld, würde ich jetzt einmal sagen, eines neoliberalen Paradigmas. Washington Konsensus, wie wir wissen. Also das heißt, das war ein Entwicklungsparadigma, wo man den Staaten gesagt: Bitte so wenig Staat wie möglich, den Gürtel enger schnallen, im Gegenzug die Grenzen öffnen, nämlich gegenüber Kapital, gegenüber Investoren etc. Das hat alles nicht so wahnsinnig gut funktioniert, muss man sagen. Also ich glaube, dass heute im Jahr 2025 der Washington Konsensus tot ist, also auch mehr oder weniger offiziell begraben von der Weltbank und deren Ökonomen. Aber es gab eine Ablösung dessen und das ist das, was die Daniela Gabor, das ist eine Ökonomie Professorin in Bristol, glaube ich, den Wall Street Konsensus genannt hat. Und den hat man dann mehr oder weniger vor 10 Jahren bei der in Addis, bei der dritten Financing for Development Konferenz mehr oder weniger bewusst oder auch unbewusst aus der Taufe gehoben, indem man die Losung ausgegeben hat: „From billions to trillions“, also von Milliarden zu Billionen. Das heißt, dass man Milliarden, ein paar Milliarden von öffentlichem Geld hineinsteckt und das soll dann der Hebel sein, um privates Geld in ungeahntem Ausmaß, also in einem viel höheren Ausmaß natürlich anzuziehen. Also die sogenannte Hebelwirkung.

Michael Obrovsky
Aber gibt es diese Investoren, die sozusagen genau in die ärmsten Länder gehen oder ist das nicht auch eine Chimäre?

Martina Neuwirth
Also die Investitionsflüsse fließen generell nicht sehr, also nicht einmal in Mitteleinkommensländern, natürlich kaum in die ärmsten Länder. Also das heißt, ich glaube, zwei Prozent der gesamten Investitionsströme für nachhaltige Energie fließen in die ärmsten Länder, zwei Prozent von ohnehin Investitionsflüssen, die nicht wahnsinnig hoch sind. Wenn du mit jemandem redest, von einer Entwicklungsbank oder aus dem Bankensektor alle sagen, sogenannte „bankable projects“ zu finden. Also das heißt, ein Projekt zu finden, das genügend Rendite abwirft, um private Investoren anzuziehen, das vor allem das Risiko minimiert, in einem fremden Markt zu agieren, ist wahnsinnig schwer. Man hat das jetzt eben dadurch versucht, und das meint die Gabor mit Wall Street Consensus, dass man das öffentliche Geld dazu benutzt, den privaten Investoren die Risiken zu nehmen, Also das, was eigentlich das Um und Auf eines Investors ist, dass er einfach interessiert ist an einem Projekt und dann

auch bereit ist, Risiko einzugehen. Das versucht man jetzt sozusagen durch Nudges, also irgendwie keine Peitsche, sondern nur den Zucker hinzuhalten und zu sagen: Ja, aber wir geben dir ja eh das Geld oder wir nehmen Garantien, wenn diese Investitionen nicht getätigt oder diese Renditen nicht abgeworfen werden, dass wir das ersetzen. Also gibt es ganz viele verschiedene Möglichkeiten und selbst das funktioniert nicht gut. Und das ist natürlich schon die Frage, ob man öffentliches Geld für so etwas verwenden muss oder ob es nicht vielleicht anderweitig besser genutzt wäre. Dieser Glaube an den Privatsektor, der war in Sevilla auch ganz stark spürbar. Also es gab ja auch diese Plattform. Man hat ja gemerkt, das Abschlussdokument ist sehr dünn, also sehr wassrig. Es gibt eigentlich keine Commitments, obwohl der Titel Commitments heißt, es gibt kaum öffentliche, also eigentlich kein Versprechen eines öffentlichen zusätzlichen Geldes. Also muss man irgendwie was anderes machen. Also haben sie erfunden eine Initiativenplattform, wo sie alle eingeladen haben. Sei es staatliche Akteure, sei es private oder zivilgesellschaftliche Akteure, Initiativen zu präsentieren. Es waren 130 oder also wirklich Initiativen, die da vorgestellt worden sind. Die Hälfte galt nur sozusagen dem Privatsektor und wie man den Privatsektor besser in diese Entwicklungsschiene hineinbringt. Und ich glaube, also selbst der Chefökonom der Weltbank hat gesagt, das ist ein Blödsinn. Es gibt Stimmen aus der „Private Sector Infrastructure Group“, also genau diese Investorengruppe, die in die Infrastruktur hinein investieren will, dort wo man es braucht. Die haben gesagt: Ja, es ist nett, aber völliger Blödsinn. Also dumm war das Wort, stupid. Aber man geht scheinbar nicht davon ab, weil man in meiner Interpretation das Gesicht wahren will, weil es halt kein öffentliches Geld dazu gibt. Und da finde ich, aber ich rede jetzt eh schon zu lange, nur als letzten Satz. Ich glaube, es wäre uns mehr gedient, wenn wir an den Kern der Sache, nämlich an die Governance Strukturen und wie wir strukturell aufgestellt sind und wie ungleich das Gewicht zwischen Globalen Süden und Globalen Norden immer noch ist, wenn wir da ein besseres Augenmerk drauf hätten.

Michael Obrovsky
Lukas, du hast vorher gesagt, die Kritik hat es immer schon gegeben. Entwicklungspolitik war jetzt nie die eindeutige Erfolgsstory. Wenn wir uns jetzt anschauen… Es gab ja auch anlässlich der amerikanischen Veränderungen durchaus aus dem Globalen Süden Stimmen, die gesagt wunderbar, endlich hört man mit dieser Art der Entwicklungszusammenarbeit auf. Jetzt müssen endlich die Staaten, die Nationen, die Regierungen selber bestimmte Initiativen setzen und die Aufgaben, für die sie eigentlich als Staat da sind, Verantwortung übernehmen. Ist das deiner Meinung nach eine Perspektive in der Zukunft?

Lukas Schlögl
Ich glaube zumindest, dass dieser extrem disruptive Modus, in dem dieser Rückbau passiert, sozusagen keine gedeihlichen Bedingungen schafft, um das zu bewirken. Also man könnte sagen, vielleicht wäre ein positiver Folgeeffekt, dass diese Abhängigkeit von der ODA reduziert wird und dass vielleicht auch die Accountability ein bisschen stärker ist. Das sind schon grundlegende strukturelle Probleme, die in der EZA angelegt sind, glaube ich. Also Fragen der Rechenschaftspflicht, der Effektivität und auch der Abhängigkeit von Gebern oder von dieser Art von volatiler und dann auch zum Teil politisierter Finanzquelle. Ich glaube nur nicht, dass auf diesem Weg besonders viel Positives entstehen wird und ich habe auch den Eindruck, dass ginge das so leicht, dann hätte es die Hilfe ohnehin nicht gebraucht. Also das ist sozusagen ein Herbeiwünschen von Strukturen, die es in dieser Form nicht gibt. Und ich bin ganz bei dir. Auch sozusagen der Ruf, dass das private Kapital ersetzen soll, ist glaube ich, ein bisschen ähnlich einzuordnen wie der zu sagen, das wären die „domestic resources“ alles ersetzen können, weil da ist sozusagen viel „Hopium“ dabei. Da geht es um Länder, die sehr schwache staatliche Strukturen haben, oft ihre Einnahmen über Zölle am Hafen oder ähnliche krude Maßnahmen abdecken und wo nur ein ganz geringer Teil überhaupt der Beschäftigung formal ist, erfasst ist, wo es nur ein sehr kleines soziales Sicherungsnetz gibt und so weiter. Von diesen Ländern zu erwarten, dass sie dann Ausfälle kompensieren können in den Größenordnungen wie wir sie momentan sehen, ist glaub ich illusorisch. Man kann aber gleichzeitig schon sagen, dass sich die Finanzquellen für Entwicklung, glaube ich, schon diversifiziert haben über die letzten Jahrzehnte. Da spielt auch privates Kapital mit eine Rolle. Es gibt mehr ausländische Direktinvestitionen, es gibt mehr Gastarbeiterrücküberweisungen, auch in nennenswerten Größenordnungen.

Michael Obrovsky
Gastarbeiterrücküberweisungen sind ja in Summe weitaus größer als die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aller Geberländer. Also das ist ja schon sehr beachtlich.

Lukas Schlögl
Es ist beachtlich, aber bei all diesen Finanzquellen ist das zu berücksichtigen, was die Martina vorhin eh schon gesagt hat. Die sind geografisch stark konzentriert in der „Upper, Middle Income World“ sozusagen, besonders in Asien und in Osteuropa. Also auch wenn ich mir Österreich zum Beispiel diese Finanzflüsse anschau, das sind schon durchaus nennenswerte Größenordnungen, aber das geht vor allem in den Balkan, in die Türkei, nach

China und eine kleinere Auswahl von Mitteleinkommensländern. LDCs (*Least Developed Countries, Anm.) profitieren von dem nicht wahnsinnig stark. Und da ist sozusagen die einzige wirkliche Finanzquelle, was jetzt Österreich betrifft, die ODA sonst gibt es da nicht viel. Also das sollte man, glaube ich, auch nicht bagatellisieren, obwohl man, damit komme ich schon zum Abschluss, aus Sicht der Empfängerländer sicher sagen muss, dass die oder einen geringeren Stellenwert hat, als es das, als sie es noch in den 70er Jahren gehabt hat, wo es viele Länder in Afrika gegeben hat, die, ich weiß nicht, 50 Prozent oder mehr der Staatseinnahmen aus ODA lukriert haben. Das ist weniger geworden und da sind auch mehr Steuereinnahmen da, da ist auch mehr privates Kapital da. Das ist sozusagen durchaus ein Fortschritt in dem Sinn.

Michael Obrovsky
Martina du hast vorher gesagt, der Washington Konsensus, der eigentlich schon in den 80er Jahren des letzten Jahrtausends formuliert wurde, der ist tot. Sind die SDGs auch schon tot? Wie siehst du das?

Martina Neuwirth
Also es gab irgendwie einen sehr interessanten, nicht ganz unumstrittenen, glaube ich, Artikel vor einiger Zeit in Foreign Policy, in dem amerikanischen Aussenpolitikmagazin, relativ einflussreich mit dem Aufmacher: „The End of Development.“ Und der Autor hat am Anfang, also am Schluss hat er dann gesagt: Na, es gibt eh auch gute Initiativen, aber der Aufmacher war am Anfang vom Artikel ist gleich einmal gestanden: Naja, vielleicht sind ja die SDGs nur sozusagen eine philanthropische Beruhigungsplattform für die globale Elite und waren eh nie ernsthaft angedacht, dass man das wirklich irgendwann mal umsetzt. Ich bin ein bisschen positiver. Erstens einmal, es hat schon einen humanistischen, menschenrechtlichen, eine menschenrechtliche Basis, finde ich, eine sehr umfangreiche und sehr holistische Basis, würde ich sagen, wirklich auf Entwicklung in einem sehr breiten Ansatz zu blicken. Also das macht es natürlich auch schwierig, weil mit 17 Zielen und ich glaube 164 Targets ist man schon irgendwie ziemlich beschäftigt. Aber sozusagen diesen umfassenderen Blick auf Entwicklung zu haben und den auch in die Welt zu tragen, finde ich schon einmal einen guten Start. Und das Zweite, was man schon sagen muss, ist, dass die SDGs ja nicht nur für, wie man früher gesagt hat, Entwicklungsländer gelten. Also das heißt, es gibt Länder, die muss man entwickeln und dann gibt es die, die sind schon entwickelt, was natürlich Blödsinn ist. Sondern die gelten ja auch für Österreich oder für andere Industrieländer. Und da hat sich zumindest in kleinen Grüppchen schon etwas getan, obwohl ich mir nicht ganz sicher bin, inwieweit die SDGs wirklich in den maßgeblichen Ministerien, geschweige denn

in der derzeitigen Bundesregierung angekommen sind. Du schaust so skeptisch, da wirst du dann noch was dazu sagen können.

Lukas Schlögl
Nein, ich bin nur skeptischer, was den Wert dieses Universalismus betrifft, muss ich ehrlich sagen. Also auch jetzt im Berichtswesen über die SDGs und in dem, wie auch das in Rankings zum Teil dargestellt wird, hat es für mich zum Teil schon ein bisschen einen bitteren Beigeschmack, wenn dann Österreich irgendwie unter den Top 10 oder so irgendwie wie ist. Und dann sieht man sich aber die Indikatoren an und ja, vieles davon haben wir seit Jahrzehnten erfüllt. Also in Österreich gibt es ganzjährig befahrbare Straßen und in Österreich gibt es ein Geburtenregister seit Mitte des 20. Jahrhunderts und so weiter. Dort aber, wo es um „Spillovers“ geht und um Finanztransfers und zum Teil um Klimawandel etc. Ja, das ist sozusagen die große Baustelle. Und das ist aber, finde ich, eine… Im Kontext der Pariser Erklärung gibt es ja diese Idee sozusagen der „common but differentiated responsibilities“ oder ähnliches, das gleich benannt, das müsste man gleich in Wahrheit stärker benennen, weil das Entwicklungsziel eines Hocheinkommenlandes wie Österreich kann nicht darin bestehen, noch eine höhere Diagnose Digitalisierungsrate zu haben und ähnliches, sondern müsste eigentlich darin bestehen, in SDG 17 weiterzukommen, Entwicklungsfinanzierung konzessionell zur Verfügung zu stellen, die multilateralen Organisationen mitzubespielen und so weiter. Technologietransfer zur Verfügung zu stellen. Das sind alles die großen Baustellen, da tut sich nicht wahnsinnig viel.

Michael Obrovsky
Das sind aber die Punkte, die die Madina vorher als Gerechtigkeit, stärkere Stärkung der Institutionen und faire Beziehungen bezeichnet hat.

Martina Neuwirth
Ich meine, es ist alles drin, aber ich gebe dir recht, ich glaube, dass die SDGs schon ein Minderheitenprojekt, also auch in Österreich ein Minderheitenprojekt sind, wahrscheinlich. Also ich glaube, in der breiten Öffentlichkeit ist das Thema, glaube ich, noch nicht so angekommen, würde ich sagen. Und das wird es in den nächsten fünf Jahren auch nicht sein, weil sich die Gegebenheiten, glaube ich, immer mehr verschärfen und auch der Blick nach Innen und unsere eigenen Interessen und wir und wir und wir sind uns viel wichtiger als die Welt da draußen. Das kann man, glaube ich, durchaus sagen jetzt für die nächsten Jahre. Ich hoffe, es ändert sich wieder. Ich glaube auch nicht, dass die SDGs in dem Sinn erfüllt sein werden im Jahre 2030, das geht sich nicht aus. Also lieber

wäre es mir, wenn das Pariser Abkommen erfüllt wäre, muss ich sagen, Das ist irgendwie ein bisschen handfester mit den Klimazielen. Aber zumindest kann man sich auf etwas berufen und man kann irgendwie sagen, man hat irgendwie zumindest eine Messlatte und kann sagen: Das wäre sozusagen unsere Vision. Und wir sind halt wirklich schon noch sehr, also wir sind nicht nur weit weg, sondern wir entfernen uns immer weiter. Ich glaube, das ist vielleicht eines der, ein sinnvoller Gradmesser, dessen. Aber erfüllt werden: Nein, das glaube ich nicht.

Lukas Schlögl
Was ich übrigens faszinierend finde: Man hat den SDGs immer vorgeworfen, dass das so eine Art Wischiwaschi-Minimalkonsens ist, gegen den eh sozusagen niemand sein kann. Da hat sich schon massiv was verschoben und ganz offen gesagt. Also Vieles an den SDGs ist wirklich absoluter Common Sense. Wer argumentiert dafür, dass man die Gesundheit nicht sozusagen besser ausbauen sollte, Schulbildung besser zur Verfügung stellen sollte, die Meere schützen sollte und ähnliche Sachen. Aber einiges davon ist offenbar doch irgendwie politisch prekärer, als man gedacht hatte. Also das ist sozusagen der Moment des Erwachens, dass dieser Konsens eigentlich gar nicht so da ist, wie man sich vielleicht gedacht hatte. Man dachte nämlich immer, das größte Problem sind die Chinesen, die dann nur bei einem Teil mitspielen, aber es sind gar nicht die Chinesen, die das...

Martina Neuwirth
Die tun sich jetzt so als die Hüter des Multilateralismus, stellen sie sich jetzt dar.

Lukas Schlögl
Nutzen ihre Chance.

Michael Obrovsky
Ein Punkt, auf den ich in dem Kontext auch noch ganz gern zum Sprechen kommen möchte, ist Demokratie. Demokratie war immer ein wichtiger Punkt auch in der Entwicklungspolitik. Derzeit geht auch im Bereich der Demokratie, nicht nur bei den Geberländern, einiges sozusagen in Richtungen, wo wir nicht sehr glücklich sind, dass es in die Richtung geht. Aber es nimmt ja auch im globalen Süden sozusagen Demokratie ab. Wir haben es da immer stärker auch natürlich mit dem Einfluss Chinas, mit dem Einfluss der Sowjetunion, also Sowjetunion, Russlands konkret zu tun. Wo also gerade in Afrika, wenn man jetzt Niger, Mali, den Sahel-Raum hernimmt, da gibt es ja einiges an Backlashes, wenn man so möchte, im demokratischen Bereich. Spielt Demokratie in der Entwicklung in Zukunft weniger eine Rolle? Bleibt Demokratie eurer Meinung

nach so ein zentraler Punkt? Weil ein wichtiger Punkt in der Entwicklungszusammenarbeit war ja, wir arbeiten in erster Linie mit jenen Ländern zusammen, die demokratisch orientiert sind und stärken demokratische Institutionen und so weiter. Momentan scheint mir auch hier sozusagen ein bisschen das Pendel in die andere Richtung auszuschlagen.

Martina Neuwirth
Ich bin da gar nicht deiner Meinung. Es ist ja keine Meinung, es ist eine Frage, aber vielleicht magst du anfangen.

Lukas Schlögl
Nein, fang du an.

Martina Neuwirth
Ich finde den, also ganz ehrlich gesagt, ich finde diesen Diskurs ein bisschen verlogen. Weil wenn man von Europa ausgeht, also lassen wir jetzt USA mal außen vor, konzentrieren wir uns mal kurz auf Europa. Europa hat immer gesagt, wir, die europäischen Werte, die Demokratie hin und her. Gleichzeitig haben wir aber ein wahnsinnig belastetes koloniales Erbe, das nie Thema war, das aber natürlich vor allem mit afrikanischen Ländern sehr wohl eine Rolle spielt. Das ist dort nicht vergessen. Und natürlich ganz viele Benachteiligungen auf der strukturellen, auf der globalen strukturellen Ebene gehen ja genau auf diesen, glaube ich, Konsens zurück, der ja nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als viele oder die meisten dieser Länder ja noch Kolonien waren, der da aufgebaut worden ist. Und das sieht man ja bis heute. Und es fehlt, glaube ich, in Europa, in der Öffentlichkeit, aber auch auf politischer Ebene dieses Bewusstsein dieser stark belasteten Geschichte. Weil in Afrika, in afrikanischen Ländern hört man das immer lauter. Es war, glaube ich, immer da. Jetzt wird es wieder stärker. Und ich kann mich erinnern, dass wir einen Gast einmal hatten von der Afrikanischen Union. Da ging es um das wirklich wichtige Zukunftsthema der grünen Erden, wo die Afrikanische Union ein starkes Interesse auch hat, sozusagen Industrien aufzubauen, um die eigenen Ressourcen auch selber zu verwerten und zu verkaufen, auch was den grünen Wandel, die grünen Technologien betrifft.

Michael Obrovsky
Seltene Erden.

Martina Neuwirth
Genau. Werden wir sehen, ob man das noch braucht. Und das Erste, womit er angefangen hat bei seinem Statement war, da ging es auch um China, um die Rolle von China. Und dann hat er gesagt: „Wenn ihr Europäer glaubt, dass ihr

euch mit China messen könnt, dann habt ihr schon verloren.“ Und das war natürlich zugespitzt. Aber eigentlich hat er recht, weil natürlich ist es nicht vergessen, dass China in den 70er Jahren eines der wenigen Länder war, die den späteren Machthabern unter die Arme gegriffen haben im Widerstandskampf gegen den Kolonialismus in den 60er Jahren bis Anfang der 70er Jahre und die auch drangeblieben sind, als Europa eher geschaut hat, dass die Machthaber, die ihnen unangenehm waren, wieder mit Hilfe anderer Rebellengruppen etc. wieder zum Schweigen bringt. Und das ist eine Geschichte, die halt nicht vergessen ist und die nie aufgearbeitet worden ist.

Michael Obrovsky
Das sieht man ja auch daran, wenn Xi Jinping ruft, dann schafft er es in Peking fast alle Präsidenten zu vereinen zu irgendwelchen Kongressen, die bei europäischen Konferenzen nicht kommen.

Martina Neuwirth
Und man muss halt auch sagen, das ist auch eine traurige Wahrheit, dass man auf der einen Seite nicht ständig das Wort Menschenrechte im Mund haben kann und auf der anderen Seite aber Migrationsregime schafft, die es unmöglich machen, auf legalem Weg nach Europa zu kommen. Und wir wissen alle, was im Mittelmeer passiert und welche Rolle die EU gespielt hat, also auch beim Sturz von Gaddafi, der natürlich kein Menschenfreund war, aber ein hoch angesehener Führer in Afrika. Was dort jetzt los ist, was mit den Menschen passiert, die dann einfach in der Wüste ausgesetzt werden mit Unterstützung oder mit der Duldung Europas. Also ich glaube, dieser Widerspruch, den sieht man natürlich außerhalb von Europa. Nur bei uns habe ich das Gefühl, haben wir alle Scheuklappen auf und kommen uns wahnsinnig gut vor und verstehen gar nicht, warum alle so böse zu uns sind. Und ich glaube, das muss man mal ein bisschen durchbrechen und ein bisschen genauer hinschauen.

Michael Obrovsky
Das merkt man ja auch bei dieser ganzen Diskussion, die aufgebrochen ist nach dem Ukraine Krieg, wo wir dann irgendwo erstaunt getan haben, dass die afrikanischen und teilweise asiatischen Länder jetzt sozusagen feststellen und sagen: die Ukraine ist ein Krieg unter vielen, aber wir werden uns da jetzt nicht auf eine Seite schlagen und nicht jetzt Russland verurteilen. Wo in Europa die große Verwunderung war. Aber eigentlich lässt sich das ohne weiteres erklären. Lukas, wie siehst du das mit Demokratie?

Lukas Schlögl

Naja, schwierige Frage. Also ich glaube, du hast völlig recht, Martina, diese historische Belastung gibt es auf jeden Fall. Und die Entwicklungspolitik war da auch historisch gesehen kein unschuldiges Instrument. Und vieles an den jetzigen Konstellationen und Argumentationen erinnert ja sogar an die Kalte-Kriegs-System-Konkurrenz. Und da ist sozusagen, da kommt auch zum Teil die Rede sozusagen der „Double Standards“ sicherlich her, beziehungsweise sind, wie du richtig sagst, auch koloniale Nachwehen sozusagen oder wie auch immer man das benennen will. Auch wenn ich an die USA denke. Die EZA als Demokratieinstrument ist auch sehr stark von den Neocons zum Beispiel gefahren worden. Die Millennium Challenge Corporation war eines der wesentlichen Vehikel dafür, wo man auch gesagt hat, wir belohnen da sozusagen bestimmte Länder und mit anderen arbeiten wir nicht zusammen, zumindest nicht in dieser Modalität. Und gleichzeitig gibt es dann die Widersprüche der verschiedenen Interventionen historisch gesehen in alle möglichen blockfreien Staaten und so weiter, wenn das Regime nicht gepasst hat, seien es die USA, seien es Frankreich in Afrika. Das ist eine gigantische historische Schuld und auch eine, die der Demokratie in vielen Fällen überhaupt nicht zuträglich war. Ich selber habe mich ein bisschen mit Indonesien auseinandergesetzt. Also die Geschichte Indonesiens ist haarsträubend in dieser Richtung. Der Regimewechsel, der auch mitorchestriert durch die Vereinigten Staaten war. Also eine harte Militärdiktatur, die das Land dann dreißig Jahre oder so beschäftigt hat. Trotzdem würde ich sagen, also wenn ich glaube, wir müssen uns schon darauf einstellen, dass die Demokratie, es gibt schon kein SDG dazu, sie ist nicht außer Zweifel gestellt, sie ist wahrscheinlich kein Instrument, das jetzt besonders an Gewicht zunehmen wird in den nächsten Jahren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Da würde ich darauf wetten. Und das ist schon was, was ich eigentlich kritisch sehen würde und wo man nicht denkt, dass das wurscht ist. Weil es geschieht immer alles in dieser Ambivalenz von Machtasymmetrien und gleichzeitig auch den Versuchen innerhalb dieser Systeme was zu bewirken oder in eine oder die andere Richtung zu verschieben. Und es ist nicht egal zum Beispiel, ob USAID oppositionelles Radio unter schwierigen Bedingungen in einem LDC finanziert, ermöglicht, technisches Know-how zur Verfügung stellt und so weiter oder eben nicht. Und ich glaube, in dieser Ambivalenz muss man irgendwie arbeiten und die ist definitiv da. Insofern, ich beobachte es jedenfalls schon mit Sorge, dass diese Entwicklung, die sich jetzt doch über einige Jahrzehnte vollzogen hat, der sogenannten Wellen der Demokratisierung in eine Krise hineingekommen ist. Ich beobachte es mit großer Sorge oder also im Rückblick sozusagen ist das mit großem Schmerz zu beobachten, was aus dem Arab Spring geworden ist. Ich erinnere mich sozusagen an eine Welle auch der Euphorisierung und der Ansteckung und der

irgendwie demokratischen Visionen ausgelöst hat. Und jetzt steht man sozusagen vor einem Scherbenhaufen der Re-Autokratisierung, Bürgerkriege und Fragilität in der ganzen Region. Wir haben in Afrika etliche Länder, auch Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wo die Tendenzen deutlich autokratisch sind, wo sie deutlich in Richtung einer Unterdrückung der Oppositionsrechte, Unterdrückung der Bürgerrechte und so weiter. Genau, aber Mosambik ist auch ein schwieriger Fall und Äthiopien möglicherweise auch schon ein Krisenfall. Also die ganze Region ist massiv instabil. Insofern, ja, das ist ein großer Schreckmoment, muss man sagen, nach dem „Ende der Geschichte“ (*Buch/These von Franycis Fukuyama), wo man sich gedacht hat, das ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung, die letztlich zu mehr Freiheit und demokratischen Institutionen führt. Und da gab es auch sozusagen fast die Annahme von Gesetzmäßigkeiten. In der vergleichenden Politikwissenschaft hat man gesagt: Naja, wenn die Demokratie mal etabliert ist, ist es extrem unwahrscheinlich, dass da wieder Regresse statt stattfinden. Demokratien bekämpfen einander nicht, es gibt weniger Krieg und so weiter. Das war eine sehr, sehr optimistische Zukunftserzählung. Die ist massivst in der Krise.

Michael Obrovsky
Auch dieser Ansatz „Wandel durch Handel“ ist ja letztlich auch sehr stark in der Krise.

Lukas Schlögl
Oder auch die Annahme, dass sich die Werte innerhalb der Gesellschaften sukzessive im Sinne von sozusagen zwei Schritte nach vorn, einer zurück, aber dann doch irgendwie in eine liberalere Richtung entwickeln. Die ganze Postmaterialismus These, dass vielleicht auch das Umweltbewusstsein und so weiter stärker wird.

Michael Obrovsky
Ich würde ein bisschen noch auf die österreichische Entwicklungspolitik zurückkommen und zwar, wie seht ihr da die Zukunft? Also wir sehen zumindest beim Budget derzeit auch Kürzungen. Für die nächsten Jahre schaut gerade in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit die budgetäre Situation alles andere als rosig aus. Wie schätzt ihr das ein? Wie wird sich das entwickeln? Gibt es da vielleicht Möglichkeiten oder die Chance, stärker, wenn schon finanziell jetzt nicht so viel Geld da ist, dann stärker auf eine kohärentere Politik auszuweichen? Eher in die Richtung zu gehen, die du vorher genannt hast, dass man Institutionen stärkt und so weiter. Wie schaut das aus, Martina?

Martina Neuwirth
Immer muss ich anfangen.

Michael Obrovsky
Ladies first. Blöd.

Martina Neuwirth
Vielleicht nur einen Satz zu dem, was du noch gesagt hast. Also ich möchte es nicht ganz so negativ vielleicht framen. Ich glaube immer, dass es ein Für und ein Wider gibt und ein Vor und Zurück. Alleine wenn man sich die Entwicklung der Dampfmaschine anschaut, die ja schon im Mittelalter erfunden worden ist. Bis die Zeit der Dampfmaschine gekommen ist, sind Jahrhunderte vergangen und deshalb denke ich mir: Die Samen, die man vielleicht jetzt setzt, kommen vielleicht erst in späteren Zeiten wieder hervor. Oder man weiß, man kann es eigentlich nicht genau sagen, wir haben alle wirklich keine Glaskugel und können, das wird nachhaltig sein und das nicht, sondern man kann, glaube ich, nur nach bestem Wissen und Gewissen irgendwie versuchen, gute, auch wenn es wenig Geld ist, gute Ergebnisse zu erzielen oder in die richtige Richtung zu gehen. Und meiner Meinung nach wird es sicher nicht mehr Geld geben für den österreichischen Entwicklungsbereich. Eher weniger, zumindest in den nächsten Jahren. Nachher kann man es nicht wissen, ob es den Bereich überhaupt gibt. Also man weiß es halt nicht. Aber wo ich schon die Chance sehe, weil große Summen waren ja aus Österreich nicht zu erwarten. Aber ich glaube, deshalb ist es, glaube ich, gut, in diese Lücken hineinzugehen, die du ja auch beschrieben hast. Also vielleicht sozusagen auch die Zivilgesellschaft stärker oder Kräfte zu stärken, die diesen demokratischen Kern vielleicht weitertragen können in einer Gesellschaft. Institutionen zu stärken, Capacity Building zu machen, aber nicht im Sinne von „wir lernen denen jetzt wie es geht“, sondern das sieht man jetzt, es wird jetzt gerade eine UN Konvention im Steuerbereich verhandelt, total spannend und revolutionär faktisch. Und da geht es wirklich nicht darum, den Steuerbehörden jetzt in Burkina Faso oder sonst wo zu erklären, wie sie ihre Arbeit zu tun haben, sondern sie zu stärken, an diesem Normsetzungsprozess überhaupt teilnehmen zu können. Also das heißt für mich wäre der Weg eher regionale Strukturen zu stärken. Im besten Sinne Hilfe zur Selbsthilfe, wenn man das in einem sehr breiten Sinn sagen kann, weil natürlich die Lösungsansätze sehr oft in den Regionen zu finden sind, also zumindest im wirtschaftlichen Bereich. Also dieser Prozess einer afrikanischen Freihandelszone finde ich im Moment ganz spannend. Wenn es da gelingt sozusagen einen Wirtschaftsraum in Afrika aufzubauen, der diesen Namen verdient, das wäre schon super, weil da

könnte man auch viele der kleineren Länder mitnehmen. Die globalen Strukturen so zu stärken, dass es nicht mehr so ein Ungleichgewicht gibt zwischen den Ländern. Und „the Elephant in the room“ ist halt, finde ich, immer noch die Ungleichheit, also auf allen Ebenen, also die bei uns irgendwie, glaube ich, zu politischen Verwerfungen führt, in den Ländern und auch zwischen den Ländern. Und solange wir sozusagen diese Ungleichheit, dass die, die sowieso schon viel haben, dass dieser Reichtum sich immer mehr nach oben zentriert und die die Mittelschichten ausgehöhlt werden und die, die arm sind, immer ärmer werden, solange wir das nicht in den Griff kriegen in unseren Ländern, aber auch in anderen Ländern. Da sehe ich ein bisschen dunkelgrau, ich glaube, das ist eines der wichtigsten Themen für mich zumindest, die wir in den Griff kriegen müssen und da kann, glaube ich, in den Ländern des globalen Südens auch die Entwicklungszusammenarbeit mithelfen und die Strukturen stärken, die mehr Gleichheit befördern.

Lukas Schlögl
Naja, es kommt darauf an, auf welche Frist hin man das durchspielt, die Szenarien, würde ich sagen. Also kurzfristig gebe ich dir völlig recht, da ist nicht wesentlich viel mehr Geld zu erwarten. Wir sind in einer Konsolidierungsphase und in der Konsolidierungsphase, in der zusätzlich auch noch starkes Commitment zum Ausbau des Verteidigungsbudgets da ist, geht das zu Lasten der Ermessungsausgaben und da insbesondere der bilateralen EZA. Solange da sozusagen die Konjunkturlage nicht dreht, ist da glaube ich auch kein Spielraum sozusagen nach oben hin im Wesentlichen da. Das sehen wir eine Art Korrektur nach unten von zögerlichen Steigerungen, die in den in der letzten Legislaturperiode erzielt worden sind. Also da geht sozusagen die Luft wieder raus aus dem AKF (*Auslandskatastrophenfonds, Anm.), vielleicht auf das bekannte alte Niveau zurück. Man wird das sehen. Bei der ADA ist glaube ich schon die Frage akut: Wie weit geht es runter mit dem Budget und ist diese Struktur dann irgendwie noch argumentierbar? Also da ist glaube ich schon die Frage des Kaputtsparens relativ akut. Aber das bewegt sich alles in einer bestimmten Bandbreite von Akteuren, die grundsätzlich dieses Politikfeld nicht radikal anzweifeln oder abschaffen wollen, würde ich sagen. Die haben zwar unterschiedliche Vorstellungen darüber, was mit EZA getan werden soll, leicht ideologisch unterschiedliche Bewertungen, aber sie sind keine radikalen „Aid Skeptics“, würde ich sagen. Das heißt, es hängt letztlich längerfristig alles am politischen und an der politischen Weiterentwicklung des Landes zusammen. Und mit der Frage, ob die Mitte hält. Und wenn diese Mitte nicht hält, dann kann dieses Politikfeld auch völlig rückgebaut werden und sehr volatil werden und auch lange für stabil geglaubte Institutionen können dann relativ schnell weg

sein. Und ich sage das mit aller Vorsicht, weil ich habe auch immer argumentiert, interessanterweise, paradoxerweise, obwohl die letzten 20, 25 Jahre seit der Jahrtausendwende in Österreich politisch extrem disruptiv und konfliktiv waren und viele Tabubrüche passiert sind und sich die Parteienlandschaft fragmentiert haben und so weiter, war die EZA relativ konstant sozusagen und hat technokratisch dahin gearbeitet, um das jetzt mal so salopp zu formulieren. In der Bandbreite um 0,3 ODA, auf ab mit gewissen sozusagen Sparkursen zum Teil und dann wieder Aufstockungen, aber keinen extremen Systemänderungen. Das heißt, die Base Rate ist alles bleibt ungefähr gleich. Aber das man sieht an Ländern wie auch dem Vereinigten Königreich zum Beispiel, den Niederlanden, den USA, dass Geber, die sehr lange dieses Politikfeld an vorderster Front gepflegt und weiterentwickelt haben, da viel investiert haben, wo auch viel Reputation damit verbunden war, internationales Standing Soft Power etc. Auch diese Akteure haben zumindest zeitweise den Gefallen an der EZA wirklich verloren und sich dagegen entschieden und aktiv am Rückbau gearbeitet. Also DFID ist ja nicht irgendwer, die britische Entwicklungsagentur, die ist schulbildend sozusagen und eine ganz zentrale Institution gewesen. Die Niederländer haben sehr, sehr viel Geld in der ODA ausgegeben und USAID… OK. Die Amerikaner waren nie wahnsinnig großzügig, was jetzt die pro-Kopfausgaben betroffen haben. Aber sie sind Erfinder sozusagen des Politikfelds und die OECD und internationale Organisationen, die sich um die Normensetzung in dem Kontext bemühen, die sind nicht ohne die Amerikaner denkbar. Das war eine Fortschreibung der Marshallhilfe und des europäischen Wiederaufbauprogramms. Und so haben sie das sozusagen in die Welt projiziert. Also wenn sich dieser Akteur da dagegen entscheidet, dann ist das wirklich ein historischer Bruch. Ich glaube auch übrigens noch ein letzter Satz dazu, dass das auch ein wesentlicher Faktor sein wird, der sich auf Österreich auswirkt. Die „Peer Pressure“ ist weg und geht sogar in die Gegenrichtung. Und da ist Österreich als ein Land mit einem sehr starken Sensorium sozusagen auch von dem, was von der Weltgemeinschaft und Peers erwartet wird, anfällig glaube ich dafür. Weil wir waren nie, wir haben uns sehr immer stark an anderen orientiert und waren immer auch so geeicht in die Richtung: Wie viel wird erwartet? Wir dürfen nicht unter das fallen? Wir müssen auch eine gewisse Rolle in den Multilateralen erfüllen etc.

Michael Obrovsky
Ja, leider muss ich auf die Zeit schauen, die ist uns nämlich schon davongelaufen und wir könnten wahrscheinlich noch sehr lange über die Zukunft philosophieren. Aber ich glaube, es gibt doch, Martina, so wie du das sagst, ein paar positive Aspekte und diese positiven Aspekte liegen wahrscheinlich sogar

eher auch im Globalen Süden momentan und nicht im Globalen Norden. Während im Globalen Norden sehr viel von Krise, no-na-ned die Rede ist, gibt es aber im Globalen Süden durchaus auch noch einige Aufbruchstimmung. Und möglicherweise, kann mich erinnern in einer unserer Folgen, der Andreas Obrecht hat die SDGs für nicht tot erklärt, sondern hat gemeint: Die leben im Globalen Süden sehr stark und sind gerade im Globalen Süden etwas, was als Referenzrahmen enorm wirkt und wo also durchaus auch eine gute Chance besteht, dass diese SDGs stärker aus dem Globalen Süden eingefordert werden, als der Geber oder die Geberländer im Norden, das überhaupt bereit sind umzusetzen. Ja, wir werden live dabei sein, was die Zukunft bringt. Ich glaube, du hast oder ihr habt beide recht Es hängt natürlich sehr stark auch für Österreich von globalen politischen Entwicklungen ab. Österreich ist da nicht einfach isoliert, sondern wird da sehr stark auch natürlich mitgeprägt. Wir werden dabei sein. Wir können nur versuchen, sozusagen das in eine positive Richtung zu lenken. Ich danke recht herzlich für eure Zeit, bedanke mich fürs Zuschauen und hoffe, es waren zumindest - und zuhören - , es waren zumindest einige Aspekte dabei, die sozusagen ein bisschen in die Zukunft weisen und die Problematik der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten und gegenwärtig aufzeigen. Besten Dank für eure Zeit.

Martina Neuwirth
Danke für die Einladung.

Lukas Schlögl
Danke!